



Presseschau vom 25.05.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Natalia Pawlowa: Dokumente zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs aus Militärarchiv frei erhältlich

Deutschlands Ablehnung des Vertrags von Versailles, Hitlers Befriedungspolitik durch die Westmächte, das Münchener Abkommen und die Verhandlungen zwischen London und Berlin hinter den Kulissen: Das russische Archiv veröffentlichte zusammen mit der Russischen Präsidentenbibliothek „Boris Jelzin“ digitalisierte Daten zum Zweiten Weltkrieg. ...

<https://sptnkne.ws/C4ju>

de.sputniknews.com: Biden und die Ukraine-Affäre: Wie reagiert der US-Wähler auf die neuen Enthüllungen?

Nur noch fünf Monate sind es bis zu den Präsidentschaftswahlen in den USA. Nach der Veröffentlichung von Berichten, dass der demokratische Trump-Herausforderer Joe Biden angeblich direkten Einfluss auf das Postengeschacher um ukrainische Spitzenbeamte ausgeübt hat, könnte dessen Wahlkampagne einen herben Dämpfer erleiden. ...

<https://sptnkne.ws/C4vB>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Spiel nach eigenen Regeln: Moskau erklärt Ausstieg der USA aus Open-Skies-Vertrag**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat den Ausstieg der USA aus dem Open-Skies-Vertrag kritisch unter die Lupe genommen. Laut Sacharowa beruht die US-Politik auf einem Gefühl der eigenen Überlegenheit, wobei sich das Land mehr erlaubt als seine Partner.

In Bezug auf die Entscheidung der Vereinigten Staaten, sich aus dem Open-Skies-Vertrag zurückzuziehen, machte die Sprecherin deutlich, dass es sich hier um ein planmäßiges Vorgehen vonseiten der USA handle. Das Land entledige sich aller Vereinbarungen, die ihm in irgendeiner Weise hinderlich sein könnten.

Laut der Sprecherin positionieren sich die USA als ein außergewöhnliches Land mit Sonderrechten. Das beruhe auf dem Konzept der amerikanischen Exklusivität, welches bereits der vorherige US-Präsident Barack Obama ausgedrückt habe. Diese Haltung würde von Administration zu Administration fortgeführt.

„Heute klingt dieses Konzept folgendermaßen: ‚Make America great again‘. Sich als ein Land mit besonderen Befugnissen zu positionieren, welches durch keine Verpflichtungen gebunden ist und nach seinen eigenen Regeln spielt, dies stellt das Konzept des amerikanischen Staates dar. Das ist seit Jahrzehnten deutlich zu beobachten, deshalb meiden sie alles, was ihr Land in seinen Rechten an andere politische Akteure angleichen könnte“, erklärte Sacharowa in einem Radiointerview.

Sie verwies auf den INF-Vertrag (Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme), aus dem sich die USA im vergangenen Jahr ebenfalls zurückgezogen haben. Ein weiteres Beispiel sei der LTBT-Vertrag (Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen), den die Vereinigten Staaten nicht ratifizieren wollten. Doch diese Abkommen seien Bestandteile der internationalen Sicherheit, erklärte Sacharowa.

Der Ausstieg aus dem Open-Skies-Vertrag wurde mit einer Vertragsverletzung auf russischer Seite begründet. Die USA hatten ihre Kritikpunkte dargelegt. Moskau wies den Vorwurf zurück. Darauf angesprochen, sagte Sacharowa, Moskau habe hinsichtlich der Vertragseinhaltung durch die USA sicherlich mehr zu bemängeln. Diese Mängel seien im April und im Februar, sogar viele Monate zuvor, beanstandet worden.

„Wir haben eine Sonderkommission, die sich mit allen Streitfällen auseinandersetzt. Deswegen geht es hier nicht um die Beziehungen zu Russland, sondern um die Tatsache, dass sich die USA von allen Verpflichtungen lossagen, die sie für unbequem halten“, so Sacharowa abschließend.

Der Vertrag über den Offenen Himmel war 1992 unterzeichnet worden und 2002 als eine vertrauensbildende Maßnahme in Kraft getreten. Das Dokument ermöglicht es den Partnern (Russland, Nato-Staaten), mehrmals im Jahr Beobachtungsflüge über dem Territorium des jeweiligen Unterzeichnerlandes durchzuführen. Damit sollen Informationen über Truppen- und Waffenstationierungen erfasst und ausgewertet werden.

Begründung des Ausstiegs

US-Präsident Donald Trump gab am Donnerstag den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Vertrag über den Offenen Himmel bekannt. Moskau habe sich nicht an die Verpflichtungen des Abkommens gehalten, begründete Trump. Allerdings schloss er Verhandlungen hierzu nicht aus.

Daraufhin erklärte US-Außenminister Mike Pompeo, dass Washington seine Entscheidung revidieren werde, sollte Russland seinen vertraglichen Verpflichtungen wieder nachkommen. Andernfalls werde der Ausstieg bis zum 22. November dieses Jahres besiegelt sein. Moskau wies die Vorwürfe einer Vertragsverletzung zurück.

Einer der Kritikpunkte lautete, Russland habe seine Beobachtungsflüge dazu genutzt, um eigene Waffen auf Ziele in den USA zu richten. Der russische Vize-Außenminister, Sergej Rjabkow, bezeichnete diese Anschuldigung als lächerlich.

Er erläuterte, dass bei den Beobachtungsflügen weder die vereinbarte Bildschärfe noch die anderen Einstellungen der Überwachungsgeräte geändert werden könnten und dass Vertreter des zu überwachenden Landes immer mitfliegen würden. Hier sei also „kein Schummeln“ möglich.

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 24. Mai wurde keine Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Zum Schutz vor Diversanten: Russische und syrische Militärs absolvieren Manöver im Hafen von Tartus**

Russische und syrische Militärs haben ein gemeinsames Manöver zum Schutz des Hafens von Tartus, wo sich der russische Marinestützpunkt befindet, vor einer Diversanten-Bande durchgeführt. Dies teilte der Chef der Tartus-Basis, Wjatscheslaw Rodionow, gegenüber Journalisten mit.

„(...) Alle Ziele des geplanten Manövers wurden erreicht. Die Marine Syriens und die Marine Russlands sind zur Bewachung und Verteidigung der Marinebasis bereit“, sagte Rodionow.

Szenarium

Laut der Beschreibung der Übungen versuchten vier Tauchdiversanten am Grund einen selbstgebastelten Sprengansatz zu platzieren. Zu dem Ort, an dem sie sich aufhalten sollten, kam ein russisches Patrouillenboot „Raptor“.

Die russischen und syrischen Militärs eliminierten zwei Diversanten, zwei weitere versuchten sich zu verstecken. Um sie zu finden, sprangen russische Kampfschwimmer vom Boot ins Gewässer des Mittelmeeres. Die Diversanten konnten schließlich ausfindig gemacht werden. Sie wurden zur Küste gebracht, wo die russische Militärpolizei bereits auf sie wartete.

Die Tauchdiversanten agierten gemeinsam mit einer Gruppe von Zuwiderhandelnden, die mit einem Schnellboot in die Militärbasis eindringen wollten. Auch ihnen gelang die Flucht nicht. Dem Patrouillenboot „Raptor“ kam ein weiteres Boot „Kinelj“ zur Hilfe. Sie konnten die Täter festnehmen und zur Küste bringen.

Das Fahrwasser für die beiden Boote wurde von einem der modernsten Minenräumschiffe, der „Iwan Antonow“, frei gemacht. Die Besatzung konnte mehrere Oberflächenminen finden und vernichten.

Am Manöver beteiligten sich auch Minenabwehrfahrzeuge und Flugkörperschnellboote der syrischen Marine.

Tartus

Moskau und Damaskus hatten 2017 ein Abkommen unterzeichnet, laut dem Russland Tartus für 49 Jahre mietet und dort einen Versorgungspunkt für die eigene Marine schafft. Seit September 2019 ist dort ein Schiffswartungszentrum in Betrieb. Auch sollen in dem Hafen künftig bis zu elf Schiffe aufgenommen werden können, darunter atomgetriebene und Kreuzer.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/32625/33/326253343_0:170:3072:1832_1000x0_80_0_1_e396639506bbb721565a1f6f80b894eb.jpg.webp

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 24. Mai 3:00 Uhr bis 25. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 4. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Bajrak, Staromichajlowka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde gestern durch Beschuss von Seiten der BFU auf Staromichajlowka eine Transformatorunterstation beschädigt, dadurch hatten die Einwohner der Dnjepropetrowskaja-Straße und der Tschkalow-Straße keinen Strom.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 20.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 36.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Tripolis: Haftars Armee meldet Festnahme von IS-Kämpfer aus Syrien

Die Libysche Nationalarmee (LNA) von Marschall Chalifa Haftar hat laut seinem Sprecher Ahmed al-Mismari einen Kämpfer der Terrormiliz IS („Islamischer Staat“; auch Daesh) aus Syrien in Tripolis festgenommen.

In Tripolis sollen die Einheiten der libyschen arabischen Streitkräfte einen IS-Kämpfer aus Syrien festgenommen haben. Demnach handelt es sich um einen der gefährlichsten Kämpfer der Terrormiliz Daesh in Syrien.

Der Festgenommene kam laut der entsprechenden Facebook-Mitteilung in Libyen unter Mitwirkung der türkischen Aufklärung als Kommandeur (der Gruppe) Faylaq al-Sham. Er soll an der Seite der Einheiten der Regierung der nationalen Einheit gekämpft haben, die von türkischen Offizieren geleitet werden. ...

Lug-info.com: **In der LVR sind 384 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert**, teilte das Gesundheitsministerium der LVR mit.

Am Wochenende wurden sieben neue Fälle entdeckt, 46 Personen wurden am Wochenende als gesund entlassen.

Insgesamt wurden bis zum 25. Mai 179 Patienten als gesund entlassen.

de.sputniknews.com: **Trumps Berater vergleicht Chinas Umgang mit Coronavirus mit Tschernobyl-Katastrophe**

Der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Robert O'Brien, hat den Umgang Chinas mit dem Ausbruch des neuartigen Coronavirus mit dem Reagieren der damaligen Sowjetunion auf die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 verglichen. Darüber schreibt die Zeitung „Politico“.

Ihm zufolge sollen die chinesischen Behörden die Pandemie vertuscht haben. Dies werde „neben der derartigen Reaktion der sowjetischen Staatsführung auf das Geschehen in Tschernobyl“ in die Geschichte eingehen.

Zudem schloss O'Brien nicht aus, dass der TV-Sender „HBO“, der eine Miniserie „Chernobyl“ (Tschernobyl) gedreht hatte, in zehn bis 15 Jahren eine derartige Reihe über das Coronavirus schaffen würde.

Auf die Frage nach den Auswirkungen der Pandemie auf ein neues Handelsabkommen zwischen den USA und China antwortete O'Brien, dass „wir in einer ganz anderen Welt sind“ als zu Beginn der Verhandlungen.

„Wir wollen gute Beziehungen zu China und zum chinesischen Volk. Leider sehen wir nur Aktionen nach Aktionen der Kommunistischen Partei Chinas, die es schwierig machen“, zitierte das Blatt am Sonntag den Berater.

China habe das Virus freigesetzt, das „Billionen US-Dollar in der amerikanischen Wirtschaft vernichtet hat“. Washington sei jetzt gezwungen, Mittel auszugeben, um die Wirtschaft zu unterstützen und die Amerikaner über Wasser zu halten.

In letzter Zeit hatte US-Präsident Donald Trump China mehrmals vorgeworfen, Sars-CoV-2 künstlich in einem Labor erzeugt und Informationen darüber vertuscht zu haben. Dies soll zur Ausbreitung der Infektion auf viele Länder geführt haben. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32720/02/327200293_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_f543259d4e0fb1f8e0a764f3d6542ac.jpg.webp

Dnronline.su: Am 24. Mai wurden in dem für die Corona-Analysen zuständigen Laboratorium Wartungen durchgeführt, daher keine Analysen.

Am 25. Mai 11:00 Uhr sind **in der DVR insgesamt 385 Fälle von Infektionen registriert**.

272 Patienten sind derzeit in Behandlung, 102 als gesund entlassen, es gibt elf Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Wagenknecht kritisiert Einfluss kommerzieller Interessen auf Wissenschaft**

Die Linkspartei-Politikerin Sahra Wagenknecht hat die massive Finanzierung der Forschung durch die Industrie kritisiert. Ihr zufolge soll es mehr unabhängige öffentliche Forschung geben.

„Dass viele Menschen Wissenschaftlern nicht mehr trauen, hängt ja auch damit zusammen, dass die Forschung zunehmend von Geldern der Industrie finanziert wird“, sagte Wagenknecht dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (Montag).

„Angebliche Experten entpuppen sich dann schnell als Lobbyisten“, sagte die ehemalige Fraktionschefin und forderte „mehr unabhängige öffentliche Forschung“.

An den Universitäten müssten Professoren immer mehr Drittmittel einwerben, ihr Renommee werde dadurch mitbestimmt. „Aber hinter den Drittmitteln stehen kommerzielle Interessen“, sagte Wagenknecht. „Wenn der Staat seine Gelder kürzt, gehen die Privaten rein. Aber das erzeugt Abhängigkeiten.“

Wagenknecht warnte davor, die Teilnehmer von Protesten gegen die Corona-Maßnahmen alle in eine Schublade zu stecken. Die Proteste seien „sehr unterschiedlich“, sagte Wagenknecht weiter. Man müsse hier differenzieren und dürfe nicht pauschal alle Demonstranten in die Nazi-Ecke stellen oder als Verschwörungstheoretiker beschimpfen.

Im Zusammenhang mit der geplanten Einführung der Corona-App sprach Wagenknecht in einem Video auf ihrem YouTube-Kanal vorige Woche am 14. Mai über die „Totalüberwachung unseres Privatlebens“ durch fünf großen Digitalkonzerne – Amazon, Google, Apple, Microsoft und Facebook. Diese sollen auch mit US-Geheimdiensten kooperieren.

Lug-info.com: **Erklärung des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego**

Vor dem Hintergrund der Aktivierung des Beschusses des Donbass bringt eine Erklärung von Herrn Resnikow in einer ukrainischen Talkshow eine gewisse Klarheit in das Geschehen. Mit Bezug auf die eigene Position, die Position des Präsidenten, der Abgeordneten der Ukraine teilte er mit, dass Kiew sich faktisch weigert, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen: „Wir werden die Minsker Vereinbarungen zu diesen Bedingungen nicht erfüllen. Zuerst die Kontrolle über die Grenze zwischen der Ukraine und Russland von Seiten der ukrainischen Regierung, danach das Ende der politischen Regelung in Form von Wahlen“.

Wir hoffen, dass wir bald Erklärungen der Garanten der Minsker Vereinbarungen und der internationalen Organisationen sehen werden, worin der Sachverhalt bewertet wird, dass eine offizielle Persönlichkeit, die für die Erfüllung der Verpflichtungen der Ukraine bezüglich der Minsker Vereinbarungen verantwortlich ist, sich dieser Erfüllung offen verweigert. Und bei der nächsten Sitzung der Kontaktgruppe werden wir Herrn Resnikow bitten, diese These zu bestätigen oder zu dementieren.

Dabei fehlt in dieser Erklärung völlig die Logik. Die Erfüllung einer zuvor vereinbarten Zwischenetappe wird vom Abschluss der abschließenden Schritte abhängig gemacht.

Der Maßnahmenkomplex zur Realisierung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 (*im folgenden MK*), der durch die Resolution des UN-Sicherheitsrats 2202 (2015) unterstützt wurde, legt die Verpflichtung der Ukraine, eine neue Redaktion der Verfassung als Grundlage der politischen Regelung in Kraft zu setzen, klar fest. Im Zusammenhang mit der Situation, die zu einem Bürgerkrieg im Donbass geführt hat, muss ein Schlüsselement dieser Reform eine Dezentralisierung unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Republiken des Donbass (die auf Bitte der Vertreter der Ukraine bei der Erstellung des Textes der Minsker Vereinbarungen „Einzelne Bezirke der Oblaste Donezk und Lugansk“ genannt wurden) in

Konsultationen und in Vereinbarungen mit den Vertretern der DVR und der LVR sein sowie die Annahme einer dauerhaften Gesetzgebung über den besonderen Status dieser Bezirke durch die Ukraine sein.

Diese Verpflichtungen wurden von einer Resolution des UN-Sicherheitsrats bestätigt, was dem MK auf internationaler Ebene den Status eines Dokuments, das verpflichtend vollständig umgesetzt werden muss, gab.

Gerade der besondere Status des Donbass liegt der politischen Regelung des Konflikts zugrunde, und das ist direkt im MK vorgeschrieben. Seine Parameter sind gut bekannt, sie sind deutlich im Anhang zu Punkt 11 vorgeschrieben. Einer dieser Parameter ist, neben anderen, „die Freistellung von Bestrafung, Verfolgung und Diskriminierung“ für alle Personen, die mit dem Konflikt in Beziehung stehen. Diese Verpflichtung ist so wichtig, dass sie in einem gesonderten, dem fünften, Punkt des MK festgehalten ist (Zweifler können das überprüfen – das Dokument ist auf der Seite der OSZE veröffentlicht).

Aber bis heute hat Kiew in dieser Richtung nichts getan: von einer Verfassungsreform entsprechend den im MK niedergelegten Parametern bis zum Verbot zur Verfolgung und Bestrafung von mit dem Konflikt im Zusammenhang stehenden Menschen. Kiew weigert sich an einer dauerhaften Gesetzgebung über einen besonderen Status zu arbeiten und mehr noch an dessen Vereinbarung mit den bevollmächtigten Vertretern des Volkes des Donbass, das in allen diesen Jahren auf der anderen Seite von Kiew an der Kontaktlinie lebte und täglich von Aggressionen von Seiten der ukrainischen Truppen betroffen war, bei den Minsker Verhandlungen.

Die Frage der Wahlen ist tatsächlich als Abschlussetappe der Erfüllung der Verpflichtungen bezüglich der politischen Regelung des Konflikts von Bedeutung. Aber ehe über Wahlen geredet werden kann, müssen die Vertreter der Ukraine die Umsetzung des Teils ihrer Verpflichtungen gewährleisten, der einen garantierten ständigen besonderen Status der Republiken des Donbass (oder der besonderen Bezirke der Lugansker und Donezker Oblaste, wenn das für die ukrainische Regierung beruhigender ist) in der Verfassung und der Gesetzgebung der Ukraine gewährleistet, sowie eine bedingungslose Begnadigung und Amnestie für alle Menschen, die gezwungen waren, die Gewalt von Seiten der in Kiew 2014 in der Folge eines bewaffneten Staatsstreich an die Macht gekommene neue Regierung und ihrer Nachfolger zu erwidern. Erst danach können Schritte unternommen werden, um Parameter für Wahlen im Donbass entsprechend den internationalen Standards und deren Organisation und Durchführung zu vereinbaren.

Zuerst ein garantierter dauerhafter besonderer Status und eine Amnestie, dann Wahlen und die Grenze.

Dies ist die Logik des MK, dem die gesamte internationale Gemeinschaft zugestimmt hat, indem das Dokument durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrats bestätigt wurde.

Die Schlüsselschritte sind festgelegt. Aber zur Umsetzung von allem steht eine große Arbeit am Verhandlungstisch bevor. Es steht bevor, Parameter zu vereinbaren, Dokumente zu vereinbaren und, am wichtigsten, die Umsetzung erreichter Vereinbarungen zu gewährleisten. Und ein Ergebnis können dabei nur die erreichen, die ausreichend Vollmachten haben und eine vollwertige Legitimität im Verständnis der Menschen, die auf der einen oder anderen Seite der Kontaktlinie leben.

de.sputniknews.com: **Waldbrand auf mehr als 600 Hektar: Notstand in einem Gebiet der Region Irkutsk ausgerufen**

Im Bezirk Tajschetskij in der russischen Region Irkutsk ist laut dem Pressedienst der Regionsverwaltung wegen eines Waldbrandes der Notstand ausgerufen worden.

„Wegen eines riesigen Waldbrandes mit einer Fläche von 674 Hektar wurde im Bezirk Tajschetski um 09:00 Uhr (Ortszeit), dem 25. Mai der Notstand ausgerufen“, heißt es in einer entsprechenden offiziellen Mitteilung.

Der Waldbrand wütet an der Grenze zur Region Krasnojarsk, 63 Kilometer vom Dorf Georgijewka entfernt. Das Feuer wurde zunächst am 19. Mai registriert. Auslöser sei ein Blitz gewesen. Wegen starken Windböen breitete sich das Feuer sehr rasch aus.

Derzeit ist es den Behörden zufolge nicht möglich, Löscharbeiten aufzunehmen. Es bleibt zu hoffen, dass die vorhergesagten Regenfälle die Situation verbessern werden. Zum Notfallort wurden bereits etwa 100 Rettungskräfte gebracht.

Derzeit gilt in 25 Bezirken der Region Irkutsk große Brandgefahr.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/vGNWnDfLHjc" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/vGNWnDfLHjc>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Hongkongs Behörden warnen nach Protesten vor Terrorismus**

Nach den erneuten Protesten in Hongkong gegen Chinas geplantes Sicherheitsgesetz berichten die Behörden der chinesischen Sonderverwaltungszone über wachsende Gewalt und Terrorismus und warnen vor Schaden für die nationale Sicherheit.

„Die Gewalt in Hongkong hat im vergangenen Jahr zugenommen, es wurden mehrfach Sprengstoff und Handfeuerwaffen eingesetzt“, teilte der Sicherheitsminister von Hongkong, John Lee, mit.

„In der Stadt wachsen Terrorismus und Aktivitäten wie die (Aufrufe zur – Anm. d. Red.) ‚Unabhängigkeit Hongkongs‘, die der nationalen Sicherheit schaden.“

So sei es bei den Protesten am Sonntag zu Ausschreitungen gekommen, Demonstranten hätten Geschäfte angegriffen und Straßen blockiert. Sowohl Zivilisten als auch Sicherheitskräfte seien verletzt worden.

Deshalb sei das neue Gesetz zur nationalen Sicherheit für Hongkong, über die der chinesische Volkskongress entscheide, von größter Dringlichkeit, sagte John Lee. Er unterstütze das Gesetz voll und ganz, das „Hongkong wieder auf den rechten Weg helfen sowie für Prosperität und Stabilität sorgen wird“.

Am Sonntag hatten nach Monaten relativer Ruhe wieder Tausende Menschen in Hongkong gegen Chinas neues Sicherheitsgesetz protestiert. Die Polizei trieb die Demonstranten mit Wasserwerfern und Tränengas auseinander und nahm 180 Menschen fest.

Das chinesische Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong richtet sich gegen Aktivitäten, die als subversiv eingestuft werden, sowie gegen Aufwiegelung zum Sturz der zentralen Regierung, gegen Terrorismus und ausländische Einmischung. Die Regierungschefin der chinesischen Sonderverwaltungszone, Carrie Lam, stellte sich hinter das Gesetz, das nach ihrer Einschätzung die Rechte und Grundfreiheiten der Hongkonger keinesfalls gefährdet.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32720/53/327205358_0:267:3058:1921_1000x0_80_0_1_5771e36e6377c40561af207ce51ca47f.jpg.webp

Dan-news.info: Die Stromversorgung in Staromichajlowka im Westen von Donezk, die teilweise durch Beschuss von Seiten der BFU unterbrochen war, ist seit heute Mittag wieder in Betrieb, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

de.sputniknews.com: **Montenegro erklärt Coronavirus für besiegt**

In Montenegro gibt es nach Behördenangaben keine neuen Corona-Infizierten. Präsident Milo Djukanovic hat den Sieg über die Infektionskrankheit in dem Balkanstaat erklärt.

Die Gesundheitsbehörden von Montenegro hatten am Sonntag nach eigenen Informationen erstmals seit 68 Tagen keine neuen Ansteckungen mit Covid-19 registriert. Alle Infizierten, die behandelt worden seien, seien genesen.

„Montenegro hat das Coronavirus erfolgreich bekämpft! Es gibt keine Infizierten mehr!“, twitterte Djukanovic am selben Tag.

Damit sei eine Etappe des „großen Kampfes um die wichtigsten Werte, die Menschenleben“, beendet, so der Präsident. Der Erfolg sei dem „hohen Maß an Verantwortung der Behörden und der Bevölkerung“ zu verdanken.

Seit Beginn der Pandemie haben sich im Adriastaat nach Angaben des Gesundheitsministeriums 324 Menschen mit dem Coronavirus infiziert, von denen neun gestorben sind. Vor zehn Tagen hatte auch Slowenien nach einem bedeutenden Rückgang der Infektionszahlen die Corona-Epidemie für beendet erklärt.

Nach den jüngsten Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins University (JHU) in Baltimore haben sich weltweit bereits mehr als 5,4 Millionen Menschen mit dem neuartigen Coronavirus angesteckt, das erstmals im Dezember in China entdeckt worden war. Mehr als 345.000 Infizierte seien gestorben.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die im März die Ausbreitung des Virus als Pandemie eingestuft hat, zählt insgesamt knapp 5,3 Millionen Infektionen und über 341.000 Todesfälle.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32720/33/327203305_0:171:2340:1437_1000x0_80_0_1_b8ceeb9c962f8a179dfdd784a76352f0.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Nach angeblicher Messerattacke: Israelische Soldaten schießen auf Palästinenser**

Die israelische Armee hat im Westjordanland nach eigener Aussage das Feuer auf zwei Palästinenser eröffnet, nachdem diese mit Messern auf Soldaten losgegangen waren. Im Raum Amichai östlich von Ramallah habe es eine versuchte Messerattacke gegeben, teilte das Presseamt der israelischen Streitkräfte am Montag mit.

„Zwei Verdächtige versuchten israelische Soldaten anzugreifen, woraufhin die Truppen das Feuer eröffneten.“

Unter den Israelis sei niemand zu Schaden gekommen. Nach Informationen des israelischen Fernsehsenders 13 wurden die beiden Palästinenser verletzt. Sie konnten jedoch entkommen.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 25.05.2020**

Nach Angaben, die von den Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden viermal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben ukrainische Strafruppen der 58. Brigade unter Kommando von Kaschtschenko **Dolomitnoje** und **Bajrak** mit 120mm-Mörsern beschossen und insgesamt 20 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 28. Brigade auf Befehl des Verbrechers Martschenko zweimal **Staromichajlowka** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Infolge des Beschusses wurde eine Transformatorunterstation beschädigt, zwei Straßen hatten keinen Strom. Durch erwidertes Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen haben Einheiten der Volksmiliz den Feuerpunkt des Gegners unterdrückt.

Zusätzliche Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch von unseren Beobachtern ermittelt.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der BFU Kaschtschenko und Martschenko hinzuzufügen.

Die ukrainischen Kämpfer gefährden weiter Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung, indem sie Militärtechnik in Ortschaften stationieren.

Dabei hat unsere Aufklärung festgestellt, dass der Gegner einen Teil der Technik auf dem Gelände von Schulen und militärischen Einrichtungen stationiert hat und außerdem die

Luftabwehr verstärkt hat, um zu verhindern, dass ihre verbrecherischen Handlungen von Beobachtern der OSZE-Mission mit Drohnen erfasst werden können.

So wurde in den letzten 24 Stunden die Stationierung von Technik der 24. Brigade der BFU festgestellt: drei Schützenpanzer in Mironowka, zwei Schützenpanzer und ein Abwehrgeschütz in Schirokaja Balka sowie drei Schützenpanzer und ein Abwehrgeschütz der 128. Brigade in Taramtschuk.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns an unsere Mitbürger, die auf den zeitweilig von den BFU besetzten Territorien leben – seien Sie äußerst wachsam und fahren Sie nicht außerhalb von allgemein zugänglichen Straßen. Informieren Sie Mitarbeiter der OSZE über Fälle von Verminung von Örtlichkeiten durch ukrainischen Soldaten und fordern Sie von den Behörden den Abzug von Einheiten und Technik der BFU aus Ortschaften.

Adäquate Handlungen der Einheiten der Volksmiliz zur Unterdrückung von Feuerstellungen der ukrainischen Banden haben zu einer Zunahme der Zahl der Verluste unter dem Personal und der Militärtechnik des Gegners geführt.

Seit der Ausgabe des Befehls über die Versetzung der Verbände und Truppenteile der Volksmiliz in vollständige Gefechtsbereitschaft und die Eröffnung von erwidern Feuer auf die ukrainischen Strafruppen durch die Oberhäupter der Volksrepubliken am 20. Mai betrug die kampfbedingten Verluste der Fronteinheiten der operativ-taktischen Gruppierungen „Nord“ und „Ost“ neun Tote und 18 Verletzte, es wurden zwei gepanzerte Erkundungs- und Spähfahrzeuge und ein Militärlastwagen SIL-130 außer Betrieb gesetzt, außerdem wurden sechs Mörser der Kaliber 120 bzw. 82mm vernichtet.

Außerdem ermittelt unsere Aufklärung die genaue Gesamtzahl der nicht kampfbedingten Verluste in den Einheiten der BFU, die sich im Zusammenhang mit den chaotischen Bewegungen von Technik und der ungeordneten Verminung von Territorien in den letzten fünf Tagen um ein Mehrfaches vergrößert hat.

Da er aufsehenerregende Absetzungen von Posten befürchtet, hat der Stab der OOS die Maßnahmen zur Verheimlichung der Fälle von Ansteigen der Zahl von Verlusten und von kritischem Absinken des moralisch-psychischen Niveaus unter den ukrainischen Soldaten gegenüber dem übergeordneten Kommando verstärkt und außerdem seine Unzufriedenheit mit der Arbeit der Abteilung für psychologische Operation des 83. Zentrums für informationspsychologische Operationen geäußert.

Um die Beschuldigungen gegenüber der Volksmiliz wegen angeblichen Beschusses von Ortschaften der Ukraine zu verstärken, haben die Einheiten für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte die Aufgabe erhalten, **inszenierte Videoaufnahmen** in Kamenka, Awdejewka, Krasnogorowka, Wodjanoje und Nowoluganskoje durchzuführen, im Zusammenhang damit rufen wir die Einwohner dieser Ortschaft auf, wachsam und vorsichtig zu sein, weil die ukrainischen Strafruppen zur Umsetzung ihrer verbrecherischen Pläne vor nichts zurückschrecken.

de.sputniknews.com: **Navy testet Laserwaffe: „Ein Treffer mit ganz vielen Aber“ – Experte**

Ein Kampfschiff, ein heller Lichtstrahl, eine brennende Drohne – die amerikanische Marine hat im Pazifik einen Kampf laser getestet. Allerdings ist ein Lasersystem auf See wahrlich nicht die beste Waffe, sagt ein Experte im Sputnik-Gespräch.

Ein 150-Kilowatt-Laser, auf dem Landeschiff „USS Portland“ installiert, sei unweit von Pearl Harbour getestet worden, teilt die Navy mit und zeigt Videos dazu bei Twitter und YouTube. Genauere Angaben zu dem neuen Waffensystem gibt es nicht. Auch die Aufnahmen, welche die Navy veröffentlicht hat, sagen wenig über die Einsatztauglichkeit des Kampf lasers aus. Denn es müssen viele Faktoren stimmen, damit ein Laser als Waffe wirken kann, erklärt der Militärexperte Konstantin Siwkow von der Akademie für geopolitische Probleme im Sputnik-Gespräch:

„Eine Laserwaffe braucht ideale Wetterbedingungen, die man auf See nur selten vorfindet. Es darf beispielsweise keinen Wellengang geben, weil die Gischt den Laserstrahl ablenken könnte. Für den Einsatz auf See sind heutige Laser wahrlich nicht die beste Waffe.“ Informativer sind die Navy-Videos in Bezug auf die Leistungsfähigkeit des Kampflasers: „Die Zieldrohne wird sehr lange vom Laser bestrahlt, bis sie abstürzt. Das lässt auf eine geringe Energiedichte des Laserstrahls schließen. Um ein schwierigeres Ziel abzuschießen, beispielsweise eine ballistische Rakete, müsste der Strahl mindestens eine halbe Minute lang den Flugkörper treffen. Einmal abgesehen davon, wie schwierig das technisch ist: In der Zeit würde die Rakete die Reststrecke bis zum Zielort zurückgelegt haben“, erklärt der Experte. Als Abwehrwaffe eignen sich die Kampflaser von heute also nur bedingt. Auch die russischen Kampflaser (System „Pereswet“, seit 2018 in der Erprobung) sind nicht dazu bestimmt, Flugziele zu bekämpfen – sondern dazu, die optronischen Zielvorrichtungen diverser Waffensysteme zu blenden.

Früher wurde berichtet, der Rüstungskonzern Northrop Grumman arbeite an einem 150-Kilowatt-Kampflaser zur Bekämpfung von Schnellbooten und unbemannten Fluggeräten. Bereits Anfang der 2000er Jahre hatte Northrop Grumman Kampflasersysteme entwickelt, im Rahmen des Programms AN/SEQ-3 Laser Weapon System (LaWS). Vorgesehen war die Entwicklung eines 30-Kilowatt-Lasers. Das System wurde auf dem Landungsschiff „USS Ponce“ erprobt, aber die Arbeit ging nicht über die Entwicklung eines Prototyps hinaus.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/xP94wR-wq4g" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/xP94wR-wq4g>

de.sputniknews.com: **Russland erlaubt USA nicht, Mond zu privatisieren – Roskosmos**

Der Chef der russischen Weltraumorganisation Dmitri Rogosin hat sich gegen jegliche Pläne zur Privatisierung des Mondes ausgesprochen.

„Wir werden jedenfalls niemandem erlauben, den Mond zu privatisieren. Das ist völkerrechtswidrig“, sagte er am Montag in einem Interview mit dem Rundfunksender „Komsomolskaja Prawda“.

Rogosin verwies darauf, dass die erste russische unbemannte Mondmission für 2021 geplant ist. Die UdSSR, deren Rechtsnachfolgerstaat Russland ist, hat das letzte Mal 1976 eine Weltraumsonde auf den Mond geschickt.

Anfang April hatte US-Präsident Donald Trump eine Verordnung unterzeichnet, die das Recht der US-Amerikaner auf Weltraumressourcengewinnung bekräftigen soll. Das Dokument beauftragte das US-Außenministerium damit, in den nächsten sechs Monaten entsprechende Vereinbarungen mit anderen Ländern zu besprechen.

Laut Russlands Weltraumbehörde Roskosmos könnten die „aggressiven“ US-Pläne die internationale Zusammenarbeit beeinträchtigen.

Artemis-Vereinbarungen

Anfang Mai hatte die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf ihre Quellen berichtet, die Administration Trump bereite einen Entwurf für neue internationale Verträge namens Artemis Accords (Artemis-Vereinbarungen) über den Bergbau auf dem Mond vor. Washington plane, Raumfahrtpartner wie Kanada, Japan, die Europäische Union und die Vereinigten Arabischen Emirate einzubeziehen, während Russland nicht zu den frühen Partnern gehören solle, hieß es.

Die Berichte lösten heftige Kritik von Seiten Moskaus aus. Rogosin selbst verglich die US-Pläne mit den Invasionen im Irak und in Afghanistan, die nicht mit der Uno und der Weltgemeinschaft vereinbart worden waren.

Später forderte die US-Raumfahrtbehörde Nasa die russische Weltraumorganisation Roskosmos auf, sich den Artemis Accords anzuschließen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32720/53/327205321_0:387:2881:1946_1000x0_80_0_1_7f8860bc0a3d275b787a033ece33cca9.jpg.webp

de.sputniknews.com: „Menschheit versus Virus“: China antwortet auf US-Vorwürfe über Covid-Impfstoff

China hat die Vorwürfe aus Washington über eine angebliche Ausspähung bei der Suche nach einem Impfstoff gegen das Coronavirus als haltlos zurückgewiesen. Wie der Sprecher des Außenministeriums in Peking, Zhao Lijian, am Montag mitteilte, hat China selbst einen bedeutenden Fortschritt in diesem Bereich erzielt.

„Die US-Erklärungen sind haltlos. China hat einen erheblichen Fortschritt bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Covid-19 erzielt, wozu sollten wir auf die USA gucken“, sagte der Diplomat.

Zuvor hatte Trumps Sicherheitsberater Robert O'Brien sich zuversichtlich gezeigt, dass die USA als Erste einen Corona-Impfstoff entwickeln würden. Dabei schloss er nicht aus, dass China Versuche unternehmen könnte, US-Forschungsergebnisse zu stehlen.

Wie der chinesische Diplomat weiter sagte, würden der erfolgreiche Abschluss der Forschungen und der Beginn der Anwendung des Impfstoffes, unabhängig davon, welchem Land dies zuerst gelingt, ein bedeutender Beitrag der Menschheit im Kampf gegen die Pandemie sein.

Die Forschungen in diesem Bereich seien Lijian zufolge kein Wettlauf zwischen den USA und China, sondern ein Wettlauf zwischen der Menschheit und dem Virus.

„China ist bereit, seine Erfahrungen bei der Forschung und Erarbeitung des Impfstoffes zu teilen und die internationale Kooperation in diesem Bereich zu stärken“, sagte er.

Dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur Erklärung des Vizepremiers der Ukraine über Wahlen im Donbass im Herbst 2020**

Im Rahmen einer der politischen Talkshows bei einem ukrainischen Fernsehsender hat der Vizepremierminister der Ukraine Alexej Resnikow, der außerdem stellvertretender Leiter der ukrainischen Delegation in Minsk ist, buchstäblich direkt gesagt, dass die Ukraine nicht vorhat, die Minsker Vereinbarungen in der existierenden Form zu erfüllen. Für uns ist ein solches Herangehen natürlich eine Neuigkeit, weil wir bei der jeder Sitzung der Kontaktgruppe beobachten, wie die ukrainischen Delegierten alles tun, um nur aus ihren Verpflichtungen bezüglich des Maßnahmekomplexes zu entkommen. Aber wir lenken die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit, der Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen und er Vermittler in Gestalt der OSZE auf solche Aussagen eines offiziellen Vertreters der Ukraine in Minsk.

Dabei ist die weitere Rhetorik des Herrn Resnikow sehr bezeichnend: Nachdem er zugegeben hatte, dass die Ukraine die Minsker Vereinbarungen nicht umsetzen wird, hören wir vom ukrainischen Vizepremier nicht konstruktive Versuche nachzudenken, wie man dennoch den Frieden im Donbass im Rahmen des existierenden diplomatischen Plans näher bringen kann, sowie ein offener Austausch von Begriffen und eine Verzerrung des gesamten Wesens des Minsker Prozesses. Die Ursachen des Konflikts im Donbass werden dargestellt, als wäre das grundlegende Ziel des hier lebenden Volkes die Durchführung von örtlichen Wahlen und das heißt, diese müssen so schnell wie möglich durchgeführt werden, idealerweise im Oktober gleichzeitig mit den Wahlen in der Ukraine. Solche Überlegungen demonstrieren sehr klar, dass die neue ukrainische Führung die tatsächlichen Quellen des Konflikts, der durch die Ablehnung der von der Kiewer Regierung aufgezwungenen Werte und der Bestrebung des Volks des Donbass, nach seinen eigenen Regeln zu leben, entstand, absolut nicht begrift. Entsprechend kann der Konflikt nur mit Hilfe eines besonderen Status für den Donbass gelöst werden. Die ukrainische Seite versucht jedoch alle zu zwingen, diese Schlüsselforderung, die das Fundament der gesamten politischen Regelung ist, zu vergessen und bringt die Situation in einen grundsätzlichen unrichtigen Blickwinkel: Angeblich haben wir 2014 protestiert, weil wir örtliche Wahlen durchführen wollten.

Dennoch werden wir den ukrainischen Beamten niemals erlauben, die Realität zugunsten ihrer eigenen Interessen zu verzerren. Eine Regelung des Konflikts ist nur dann möglich, wenn Kiew endlich mit der Vereinbarung ausnahmslos aller Aspekte der weiteren Koexistenz, die im Maßnahmekomplex aufgeführt sind, mit uns beginnt. Deshalb, falls die ukrainische Regierung so sehr örtliche Wahlen im Donbass im Oktober dieses Jahres will, so müssen sie bereits im August auf gesetzgeberischer Ebene einen dauerhaft geltenden und in der Verfassung befestigten besonderen Status des Donbass gewährleisten, nachdem alle seine politischen Aspekte mit den Vertretern der Republiken vereinbart sind, nicht mit irgendwelchen von der Regierung selbst ernannten Übersiedlern, sondern mit denen, die die ganze Zeit des Konflikts über hier gelebt, gearbeitet und unter den ukrainischen Angriffen gelitten haben. Außerdem muss Kiew gesetzgeberisch die Unzulässigkeit der Verfolgung und Bestrafung aller an den Ereignissen im Donbass Beteiligten garantieren, wie dies im Maßnahmekomplex vorschrieben ist und wie dies, übrigens mit Leichtigkeit, von der Kiewer Regierung in Bezug auf die an den Ereignissen auf dem Maidan Beteiligten getan wurde. Erst nach der Umsetzung dieser Schritte durch die ukrainische Seite kann mit einer Erörterung von Parametern für die Durchführung der von Kiew so gewünschten Wahlen begonnen werden. Wir rufen die ukrainische Regierung auf, das Wesen der Minsker Vereinbarungen nicht zu verzerren – dies wird Kiew nicht helfen, das Vertrauen des Donbass zurückzuerhalten. Nur ein deutlicher, transparenter, offener und zuverlässiger Dialog mit unmittelbaren Vertretern der zweiten Konfliktseite, der Republiken, kann einen realen Fortschritt bei den Friedensverhandlungen näher bringen.

de.sputniknews.com: **Russische Regierung verhängt zeitweiliges Verbot für Treibstoff-Einfuhr**

Russlands Regierung hat bis zum 1. Oktober die Einfuhr von Benzin, Diesel, Kerosin und einiger weiterer Treibstoffarten ins Land verboten. Das geht aus einem entsprechenden am Montag publik gemachten Dekret hervor.

Demnach erfolgte dieser Schritt, um die Energiesicherheit zu gewährleisten und die Situation auf dem Treibstoffinnenmarkt zu stabilisieren. Das Verbot ist bis zum 1. Oktober 2020 in Kraft.

Die Einschränkung betrifft Benzin mit den Oktanzahlen 80, 92, 95 und 98, Kerosin, Treibstoff für reaktive Triebwerke, Sommer-, Winter-, Arktis- und Intersaisondieseltreibstoff; Gasöl und Schiffskraftstoff mit einem Flammpunkt von nicht mehr als 61 Grad im geschlossenen Gefäß. Anfang April hatte der Vorsitzende des Energie-Ausschusses der russischen Staatsduma,

Pawel Sawalnij, erklärt, dass Russland viel mehr Treibstoff produziere, als es selbst verbrauche.

Damals erläuterte der Politiker, dass das Preisbildungssystem bei Treib- und Schmierstoffen in Russland nicht direkt vom Erdölpreis auf dem Weltmarkt abhängt. Das heißt, dass der Innenmarkt vor Außenpreiskonjunktur, unabhängig von hohen oder niedrigen Preisen, geschützt ist. Zwei Drittel des Preises für Treib- und Schmierstoffe in Russland setzen sich aus Steuern zusammen.

Dan-news.info: Denis Puschilin hat heute an einer Blutspendeaktion teilgenommen.

„Die Situation entwickelt sich äußerst nicht vorhersagbare Weise. Leider hört die ukrainische Seite nicht auf unsere Warnungen und die Provokationen gehen weiter. Aus unserer Erfahrung wissen wir, dass Blut sowohl Soldaten als auch Zivilisten benötigen können. Die Blutbank muss aufgefüllt werden, sie ist jetzt nicht im besten Zustand“, sagte das Staatsoberhaupt und rief die Einwohner der Republik auf, sich der Aktion anzuschließen.

ukrinform.de: Präsident Selenskyj zeichnet 35 Soldaten mit Orden und Medaillen aus
Der Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj hat 35 Militärangehörige mit Orden und Medaillen ausgezeichnet.

Das Dekret Nr. 196/2020 wird auf der Webseite des Staatsoberhaupts veröffentlicht. Die Soldaten wurden für ihre „persönliche Tapferkeit und aufopfernde Handlungen beim Schutz der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine“ ausgezeichnet, heißt es.

Fünf Soldaten erhielten den Orden „Für Tapferkeit“ 3. Klasse (ein von ihnen posthum), zwei Militärangehörige die Medaille „Für Militärdienst der Ukraine“. Die anderen Soldaten wurden mit der Medaille „Dem Verteidiger des Vaterlands“ ausgezeichnet.

de.sputniknews.com: Weißrussland entdeckt zwei Ölvorkommen

Das weißrussische Ölundertnehmen „Belorusneft“ hat zwei Öllagerstätten entdeckt. Das berichtete die Agentur Belta am Montag unter Verweis auf den Vize-Generaldirektor des Unternehmens, Pjotr Powschik.

Die Vorkommen, die den Namen „Isbynskoje“ und „Sewero-Omelkowschtschinskoje“ bekommen haben, befinden sich demnach im weißrussischen Gebiet Homel.

Nach vorläufigen Schätzungen verfügen die beiden Vorkommen über Ölvorräte von mehr als 2,5 Millionen Tonnen. Laut Forschern handelt es sich hierbei um süßes Rohöl.

Powschik zufolge hat das Unternehmen seine Anstrengungen bereits zwei Jahre lang auf die Erkundung von Lagerstätten in dieser Zone konzentriert.

Im Januar sei ebenfalls in diesem Gebiet der südliche Block der Lagerstätte Garzewskoje entdeckt worden. Insgesamt sei man in Weißrussland laut der Agentur auf 79 Vorkommen gestoßen. 61 davon würden zurzeit erschlossen. Dort seien etwa 900 Löcher gebohrt worden. Das Gebiet Homel liegt im Südosten Weißrusslands 40 Kilometer nördlich der Grenze zur Ukraine und 50 Kilometer westlich der Grenze zu Russland.

abends:

de.sputniknews.com: Eine Drohung zum Abschied? Grenell verspricht Deutschen „amerikanischen Druck“

Der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, soll seinen Posten in naher Zukunft räumen, was den deutschen Politikern Hoffnung auf eine Annäherung der beiden Staaten gibt. Der so gut wie abgezogene Diplomat jedoch droht Deutschland mit einer weiteren klaren Ansage.

Grenell bedankte sich am Sonntag auf Twitter bereits für mehrere Abschiedsgrüße. Sein Bedauern über Grenells Abgang äußerte der Vorsitzende der Münchener Sicherheitskonferenz,

Wolfgang Ischinger.

„Das ist überhaupt keine willkommene Nachricht, wenn es bedeutet, dass es in den nächsten 12 Monaten oder mehr keinen US-Botschafter in Berlin geben wird – US-Wahl, Bestätigungsprozess des Senats usw. – und das inmitten mehrerer transatlantischer Krisen?“, schrieb Ischinger auf seinem Twitter-Account.

Doch offenbar werden nicht alle den US-Botschafter vermissen. Der US-Journalist Noah Barkin kommentierte auf Twitter eine Reuters-Meldung zum Rücktritt Grenells mit den Worten: „Grenexit. Deutschland stößt einen kollektiven Seufzer der Erleichterung aus“. Darauf reagierte Grenell mit einem eigenen Tweet, der fast wie eine Drohung anmutet: „Sie machen einen großen Fehler, wenn Sie glauben, der amerikanische Druck sei weg. Sie kennen die Amerikaner nicht.“

Grüne und Linke hoffen nach dem Ausscheiden von Grenell auf eine Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA.

„Grenell ist seit längerem primär mit anderen Aufgaben beschäftigt, die seine Präsenz in Washington binden. So ist seine Demission folgerichtig“, sagte der Grünen-Außenpolitiker Omid Nouripour dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND, Montag). Linksfraktionschef Dietmar Bartsch äußerte: „Ein in Deutschland anwesender US-Botschafter, der auch Botschafter und nicht Politiker ist, könnte als Nachfolger von Grenell hilfreich sein.“

Nach Informationen der Nachrichtenagentur DPA will Grenell nach seiner Ablösung als kommissarischer Geheimdienstkoordinator der US-Regierung am kommenden Dienstag auch seinen Posten als Botschafter in Berlin innerhalb der nächsten Wochen räumen. Eine offizielle Bestätigung dafür gab es aber zunächst nicht.

Grenell gilt als extrem loyal zu US-Präsident Donald Trump und rühmt sich immer wieder seiner guten Verbindungen zum Weißen Haus. Seine Aufgabe sah er in seinen bisher zwei Jahren als Botschafter vor allem darin, die Politik Trumps in Deutschland und Europa offensiv zu vertreten. Dabei trat er wiederholt undiplomatisch auf und äußerte sich auch über die Angelegenheiten seines Gastlandes. Grenell selbst nennt das „aufrichtig sein“.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32720/83/327208359_0:0:3348:1810_1000x0_80_0_1_44e8ce21347b766e9401592173cf8d0a.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Sowjetisches Ehrenmal in Berlin mit Hakenkreuzen beschmiert**

Zum wiederholten Mal haben Unbekannte das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Pankow geschändet, und zwar mit roten Hakenkreuzen sowie den Wörtern „Mörder“ und „Schweine“ beschmiert.

Laut der Berliner Morgenpost ereignete sich dieser Vorfall in der Nacht zum 23. Mai. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) soll den Vorfall am Montag öffentlich gemacht haben.

Die VVN vermutet, dass die Schändung mit einer Veranstaltung vom 23. Mai

zusammenhängen könnte. „Für diesen Tag war eine antifaschistische Demonstration in Buch für den von Neonazis ermordeten Sozialhilfeempfänger Dieter Eich angekündigt, an der sich über hundert Menschen beteiligten“, erklärt eine Sprecherin in einem Rundschreiben. Eich war in der Nacht vom 23. auf den 24. Mai 2000 in Buch getötet worden.

Auch ein Zusammenhang mit dem 75. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai wird nicht ausgeschlossen. In dem Schreiben wird unter anderem die Aufklärung „dieser seit Jahren andauernden Kampagne gegen das Gedenken an die Befreiung vom deutschen Faschismus“ gefordert.

Wiederholte Schändung

Das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Buch erinnert an die Soldaten der Roten Armee, die im April 1945 in der Schlacht um Berlin gefallen sind. In den vergangenen Jahren wurde es immer wieder zum Ziel von Angriffen, insbesondere im Zeitraum des Gedenktags zur Befreiung Deutschlands vom Naziregime.

Zuletzt wurde der Obelisk zum 8. Mai 2019 mit schwarzer Farbe begossen. Als mögliche Anstifter zu den Taten sieht die VVN Rechtsextreme aus Pankow, die der NPD nahestehen könnten. Die Entfernung der Hakenkreuze und des Schriftzugs wurde nach der Entdeckung sofort veranlasst.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32720/84/327208490_0:43:1280:736_1000x0_80_0_1_2712b55c16a61d3bcbfdd057b7541976.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Strategie: Was wollen die USA mit Atombomben in Polen?**

Von Nikolai Protopopow

Washington wagt es und die US-Botschafterin in Warschau spricht es aus: Die amerikanischen Streitkräfte könnten Kernwaffen, die gegenwärtig in Deutschland lagern, nach Polen verlegen. Noch näher an Russland geht nicht.

Es ist nicht das erste Mal, dass Transatlantiker davon sprechen. Das polnische Militär wolle die Nato um die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Polen bitten, sagte der polnische Vize-Verteidigungsminister Tomasz Szatkowski im Jahr 2015. Diesmal äußerte die Washingtoner Botschafterin in Warschau, Georgette Mosbacher, den gleichen Gedanken: Amerikanische Atomwaffen nach Polen.

Worum es bei diesen Ankündigungen vorrangig geht, sind atomare Bomben B61. Nicht ausgeschlossen ist aber, dass die Amerikaner auch nuklearfähige Mittelstreckenraketen näher an den russischen Grenzen stationieren. Für Russland – eine nicht zu unterschätzende Bedrohung.

„Man kann diesen Plan als Kriegsvorbereitung deuten, als Vorbereitung eines Erstschlags gegen Russland. Denn die Anflugzeit aus Polen ist um einiges kürzer als aus Deutschland.“, sagt der Militärexperte Konstantin Siwkow, Präsident der Akademie für geostrategische Probleme. „Russlands Führung wird damit umgehen müssen: die Flugabwehr verstärken, ein

zusätzliches Truppenkontingent an der Grenze stationieren.“

Die Bombe B61 ist die Hauptwaffe der nuklearen Streitkräfte der USA, seit den 1960ern im Dienst. Seitdem ist eine Vielzahl an Modifikationen dieser Bombe entwickelt worden, die sich größtenteils durch die Schlagkraft der Sprengköpfe unterscheiden. Die derzeit größte Version – die B61-12 – ist in eine hochpräzise Waffe mit einem speziellen Lenksystem. Sie wirkt gezielt auf unterirdische und besonders befestigte Wertziele. Die USA planen, alle in Europa stationierten B61-Bomben auf diesen Standard hochzurüsten.

An die 200 B61-Bomben sind gegenwärtig in den europäischen Nato-Staaten stationiert. Das größte Arsenal lagert auf der Aviano Air Base im Nordosten Italiens: 35 Bomben in zwölf Bunkern. Die passenden Trägersysteme stehen unmittelbar bereit: Der Fliegerhorst beheimatet die F-16-Kampffjets des 31. Jagdbombengeschwaders.

Weitere vier Dutzend B61 befinden sich in der Lombardei, auf dem Militärflugplatz Ghedi. Amerikanische Kampffjets stehen da nicht zur Verfügung – im Einsatzfall sollen italienische Tornados die US-Bomben ins Ziel bringen. In Deutschland sind circa 20 solcher Atombomben gelagert, auf dem Flugplatz Büchel in Rheinland-Pfalz. In Belgien und den Niederlanden sind es jeweils nochmal so viele Kernwaffen.

Die USA lagern die Atombomben in Europa nicht nur, sondern trainieren gemeinsam mit ihren Nato-Partnern auch den Einsatz. Das ist ein Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag, erklärte kürzlich der russische Außenminister Sergej Lawrow. Demnach ist es den Atommächten untersagt, Kernwaffen an Drittstaaten zu übergeben, ob direkt oder indirekt. Würden die USA auch noch in Polen Atomwaffen stationieren, wäre dies zudem ein grober Verstoß gegen die Nato-Russland-Grundakte.

Es wäre ohnehin besser, so der russische Außenminister, Washington würde dieses ganze Kernwaffenarsenal aus Europa abziehen und in die USA zurückbringen – um die Lage in Europa nicht unnötig zu verkomplizieren.

Schön wäre es, doch das Interesse an amerikanischen Kernwaffen in Polen liegt vor allem bei den polnischen Politikern, erklärt Militärexperte Artjom Kurejew, Mitglied im Waldai-Klub: „Die polnische Bevölkerung durch Geschichten über ‚Russlands Expansion in den Westen‘ einzuschüchtern, ist Teil der polnischen Staatsideologie. Es finden ja auch ständig Militärmanöver mit der Nato auf polnischem Boden gegen einen Aggressor aus dem Osten statt.“

Als die USA Anfang letzten Jahres darüber sprachen, aus dem INF-Vertrag auszusteigen, war das polnische Außenministerium unter den ersten, die diesen Vorstoß unterstützten, erinnert der Analyst.

„Was Warschau jetzt vorschlägt, ist eine Verlegung amerikanischer Kernwaffen aus Deutschland nach Polen. Dabei geht es um mehr als um ein bloßes Muskelspiel. Es geht darum, den eigenen Stellenwert in der Nato zu erhöhen, sich bei Washington Bonuspunkte zu holen“, so der Experte. „Die Stationierung von Atombomben in Polen würde es ermöglichen, Ziele in Russland mehrere Minuten schneller zu treffen. Dass Stützpunkte der polnischen Luftwaffe – die meisten sind in der Nähe von Großstädten gelegen – folglich selbst zum Ziel werden, ist die Kehrseite dieses Vorhabens.“